

Der IW-Integrationsmonitor

Ilona Riesen, Februar 2009

Zugewanderten Personen fällt es insgesamt weiterhin schwerer als der einheimischen Bevölkerung, sich erfolgreich in Bildungsprozesse, in den Arbeitsmarkt und in ökonomisch relevante Bereiche des gesellschaftlichen Lebens zu integrieren. Der IW-Integrationsmonitor erfasst und bewertet mithilfe von 21 Indikatoren den Stand der ökonomischen Integration ausländischer Bevölkerung in den einzelnen westdeutschen Bundesländern und in Ostdeutschland. Es existiert kein erkennbarer systematischer Zusammenhang zwischen der Größe des Anteils der ausländischen Bevölkerung in einem Bundesland und deren Integrationsaussichten. Das Saarland, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und Hamburg bieten Zuwanderern relativ große Bildungschancen. Die Arbeitsmarktperspektiven sind in Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Bayern sowie den Stadtstaaten Bremen und Hamburg verhältnismäßig günstig. Die Integration in ökonomisch relevante Bereiche des Sozialen ist in Baden-Württemberg, Hessen und Hamburg vergleichsweise weit vorangeschritten. Die fünf ostdeutschen Bundesländer liegen ebenso wie Niedersachsen in allen drei Handlungsfeldern unterhalb des Länderdurchschnitts. Für Berlin trifft dies auf die Bildung und den Arbeitsmarkt zu.

Bedeutung der Integration von Einwanderern in Deutschland

In Deutschland leben zurzeit über 15 Millionen Menschen mit einem Migrationshintergrund (Statistisches Bundesamt, 2008, 6). Dies entspricht fast einem Fünftel der Gesamtbevölkerung. Bei der Betrachtung jüngerer Kohorten steigt dieser Anteil erheblich, denn die Zuwanderer und ihre Nachkommen sind im Durchschnitt zehn Jahre jünger als die einheimische Bevölkerung. Trotz des Ausmaßes an Zuwanderung in der Vergangenheit wurde der Eingliederung der Einwanderer in die deutsche Gesellschaft lange Zeit keine hohe Priorität eingeräumt. Zahlreiche Untersuchungen zeigen, dass bis heute ihre Integration nur in einem unzureichenden Maße erfolgt ist (Beauftragte, 2007; Filsinger, 2008; OECD, 2008a; Woellert et al., 2009). Dies gilt in besonderem Maße für den Bildungsbereich. Auch im Erwerbsleben bleibt die Partizipationsquote der Zuwanderer hinter jener der einheimischen Bevölkerung zurück. Fehlender Bildungserfolg und eine niedrige Erwerbsbeteiligung beeinträchtigen auch sozioökonomische Aspekte der gesellschaftlichen Teilhabe. Dazu zählen beispielsweise die Wohnsituation, die Abhängigkeit von staatlichen Transfers und das Armutsrisiko. Der Wohlstand einer Gesellschaft setzt sich jedoch aus den Beiträgen al-

ler gesellschaftlichen Gruppen zusammen; er ist umso niedriger, je mehr Personen in den einzelnen Bevölkerungsteilen arbeitslos und/oder von Sozialtransfers abhängig sind (BAMF, 2005). Die erfolgreiche ökonomische Integration von Zuwanderern wird angesichts der Größe ihres Bevölkerungsanteils für die Entwicklung von Wohlfahrt und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit in Deutschland immer wichtiger.

Struktur und Methodik des IW-Integrationsmonitors

Eine nachhaltige und effektive Politikgestaltung, die sich einer erfolgreichen ökonomischen Integration verschreibt, benötigt verlässliche Daten, die in einem schlüssigen Konzept zusammengefasst sind. Der IW-Integrationsmonitor hat daher zum Ziel, den Stand der Integration der Einwanderer in Deutschland zu messen und zu bewerten. Er ist ein indikatorengestütztes Benchmarking, das sich auf die strukturelle Integration der Migrantenbevölkerung in Deutschland aus der ökonomischen Perspektive konzentriert. Der Begriff der strukturellen Integration umfasst in Abgrenzung zu anderen Integrationsperspektiven ausschließlich die Eingliederung in die gesellschaftlichen Strukturen des Aufnahmelandes. Als die wichtigsten Bereiche werden dabei das Bildungs- und Erziehungssystem, der Arbeitsmarkt sowie die Wohn- und Lebensbedingungen (Soziales) angesehen. Dies sind die Kernbereiche, an denen die Zuwanderer partizipieren müssen, wenn sie am gesellschaftlichen Leben des Aufnahmelandes teilnehmen wollen (Oswald, 2007, 108ff.; Siegert, 2006, 66ff.). Da die Zuständigkeit für diese Bereiche zu einem wesentlichen Teil bei den Bundesländern und den Kommunen liegt, wird der Erfolg der Integration in einem regionalen Vergleich erfasst.

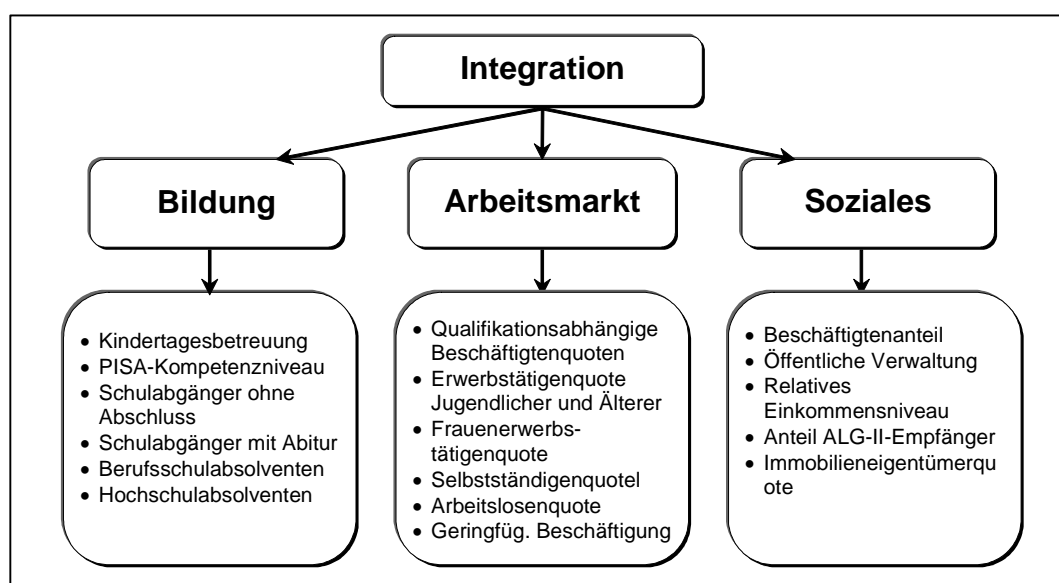
Für die hier interessierende Fragestellung der erfolgreichen ökonomischen Integration liegen auf Bundesländerebene bisher nur wenige Daten für Personen mit Migrationshintergrund vor (Siegert, 2006, 2; Beauftragte, 2007, 29). Der Großteil der Indikatoren bezieht sich daher auf die ausländische Bevölkerungsgruppe, die etwa 50 Prozent der Bevölkerung mit Migrationshintergrund ausmacht. Zur besseren Lesbarkeit werden im Folgenden die Begriffe Ausländer, Zuwanderer und Einwanderer synonym verwendet. Sofern sich ein Sachverhalt auf die Bevölkerung mit Migrationshintergrund bezieht, wird explizit darauf hingewiesen.

Ausländer und Personen mit Migrationshintergrund weisen ähnliche Integrationsdefizite auf, sodass die Wahl der Datengrundlage die Kernaussagen nicht verzerrt (zum Vergleich von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund vgl. auch Woellert et al., 2009). So liegt die Erwerbstätigenquote der ausländischen Bevölkerung in Deutschland bei 81 Prozent und die der Bevölkerung mit Migrationshintergrund insgesamt bei 83 Prozent (Statis-

tisches Bundesamt, 2008). Im Vergleich dazu sind deutsche Erwerbsfähige beziehungsweise solche ohne Migrationshintergrund zu 91 Prozent erwerbstätig. Bei der Bundesländerbetrachtung variieren die Werte für Ausländer zwischen 64 und 87 Prozent und für Migranten insgesamt zwischen 64 und 89 Prozent. Die Differenzen zwischen den Quoten, die sich auf die ausländische Bevölkerung beziehen, und jenen, die für die Bevölkerung mit Migrationshintergrund ermittelt werden können, sind mit 1 bis 4 Prozentpunkten vernachlässigbar klein.

Abbildung 1

Struktur des IW-Integrationsmonitors



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Von einer relativ erfolgreichen Integration wird im IW-Integrationsmonitor dann gesprochen, wenn sich die Teilhabe von Zuwanderern in den untersuchten Bereichen auf dem gleichen Niveau bewegt wie jene der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund beziehungsweise jene der deutschen Bevölkerung (zur Diskussion des Integrationsbegriffs vgl. Oswald, 2007; OECD, 2005; Siebert, 2006). Zu diesem Zweck wird die Integration anhand von 21 quantitativen Indikatoren operationalisiert. Sie bilden die Situation der Ausländer im Vergleich zur Lage der deutschen Bevölkerung ab und sind in den drei Handlungsfeldern Bildung, Arbeitsmarkt und Soziales zusammengefasst (Abbildung 1). Fast alle Kennzahlen können als Ergebnisgrößen der Integration interpretiert werden. Von einer relativ erfolgreichen Integration in den Arbeitsmarkt kann zum Beispiel dann gesprochen werden, wenn die Arbeitslosenquote ausländischer Personen überhaupt nicht oder nur geringfügig von der Quote deutscher Arbeitsloser nach oben abweicht. In wenigen Fällen werden statt Ergebniskennziffern Teilnehmerquoten als Proxy-Variablen herangezogen. Grundsätzlich

ist bei der Interpretation der Ergebnisse jedoch im Auge zu behalten, dass unter Umständen auch die „ökonomische Integration“ der einheimischen Bevölkerung Defizite aufweist.

Integration ist ein komplexer, nicht direkt messbarer Sachverhalt. Deshalb ist auch eine abweichende Indikatorenauswahl denkbar, die unter einer anderen Perspektive ebenfalls die Eingliederung einer Bevölkerungsgruppe in die aufnehmende Gesellschaft erfasst. Ein Beispiel dafür ist die kürzlich veröffentlichte Studie des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung, die auf Basis der Mikrozensusdaten (2005) einen „Index zur Messung von Integration“ von Menschen mit Migrationshintergrund ermittelt (Woellert et al., 2009). Neben einem Bundesländer- und Städtevergleich werden die Integrationserfolge verschiedener aggregierter ethnischer Herkunftsgruppen miteinander verglichen.

Im Gegensatz zum IW-Integrationsmonitor wird in der Studie des Berlin-Instituts kein Fokus auf die ökonomischen Aspekte der Integration gelegt; vielmehr werden die aus dem Mikrozensusdatensatz verfügbaren Informationen – von Schulabschlussquoten über den Anteil bikultureller Ehen bis zum Erwerbspotenzial – zum Integrationsbegriff zusammengefasst. Teilweise werden die Ergebnisse für die Migrantenbevölkerung den Ausprägungen für die einheimische Bevölkerung gegenübergestellt. Dieses breit gefasste Konzept weist jedoch die Einschränkung auf, dass bedingt durch die Erhebungsmethodik des Mikrozensus bei praktisch allen Indikatoren ausschließlich die erwachsene Bevölkerung berücksichtigt werden kann. Demgegenüber bietet die Indikatorenauswahl des IW-Integrationsmonitors, dem außer Mikrozensus auch andere statistische Quellen zugrunde liegen, die Möglichkeit einer genaueren Lokalisierung von Problembereichen im Integrationsprozess zu verschiedenen Lebensphasen – angefangen mit frühkindlicher Bildung. Dies erlaubt nicht nur eine Ursachenanalyse, sondern ermöglicht auch die Formulierung von effizienten zielgenauen Fördermaßnahmen, die frühzeitig Integrationshemmnisse abmildern können.

Da den Indikatorenwerten verschiedene Maße zugrundeliegen, werden sie standardisiert. Die Transformation von einer Kennzahl j , bei der höhere Werte einen größeren Integrationserfolg im Bundesland i anzeigen, erfolgt anhand von Gleichung 1:

$$(1) \quad E_{i,j} = 100 \cdot \frac{x_{i,j} - \min(x_j)}{\max(x_j) - \min(x_j)}$$

Zeigen höhere Werte einen geringeren Integrationserfolg an, erfolgt die Standardisierung gemäß Gleichung 2:

$$(2) \quad E_{i,j} = 100 \cdot \frac{\max(x_j) - x_{i,j}}{\max(x_j) - \min(x_j)}$$

Die Gewichtung der einzelnen Indikatoren in den drei Handlungsfeldern orientiert sich an der Zugehörigkeit zu einem Teilaspekt. So werden zum Beispiel die Kennziffern im Bereich Bildung, die sich auf dieselbe Bildungsstufe beziehen, mit einem Faktor kleiner Null gewichtet, sodass jede einzelne Bildungsstufe für das Ergebnis des gesamten Handlungsfelds das gleiche Gewicht besitzt.

Handlungsfeld Bildung

Der IW-Integrationsmonitor misst die Bildungsintegration der ausländischen Bevölkerung in Deutschland über alle Bildungsstufen hinweg (Tabelle 1). Ausbleibender Bildungserfolg in frühen Lebensphasen kann zu einem späteren Zeitpunkt nur relativ schwer korrigiert werden und droht, sich in Arbeitslosigkeit und Einkommensarmut zu verfestigen. Da eine frühzeitige Förderung im Vorschulbereich die Möglichkeit bietet, potenzielle Bildungsdefizite auszugleichen, werden zunächst die Betreuungsquoten der Zuwandererkinder in Relation zu den Kindern deutscher Eltern herangezogen. Tabelle 1 zeigt, dass nur ein relativ geringer Anteil ausländischer Kinder von der frühen Förderung profitieren kann.

Tabelle 1

Indikatoren im Handlungsfeld Bildung – Werte für Deutschland (Jahreszahlen)

	Ausländer	Deutsche	Gewichtung	Wirkung
Anteil betreuter Kinder von 0 bis 3 Jahren an allen gleichaltrigen Kindern in % (2006)*	4,9	16,6	1/2	+
Anteil betreuter Kinder von 3 bis 6 Jahren an allen gleichaltrigen Kindern in % (2006)*	64,2	98,4	1/2	+
Durchschnittliche Kompetenzpunkte bei PISA-E im Bereich Lesen (2006)*	427/440	510	1	+
Anteil der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss an allen Schulabsolventen in % (2006)	16,8	7,0	1/2	-
Studienberechtigtenquote in % (2006)	17,9	45,2	1/2	+
Anteil der Absolventen von Teilzeitberufsschulen unter den 18- bis 25-Jährigen in % (2006)	2,9	7,0	1/2	+
Anteil der Absolventen von Berufsfachschulen unter den 18- bis 25-Jährigen in % (2006)	2,5	3,5	1/2	+
Anteil der Hochschulabsolventen unter den 25- bis 40-Jährigen in % (2006)	1,1	1,7	1	+

* Diese Kennzahlen beziehen sich auf die Bevölkerung mit Migrationshintergrund: 427 Punkte erzielten Schüler der zweiten Migrantengeneration, 440 Punkte Schüler mit eigener Migrationserfahrung
Quellen: Statistisches Bundesamt; OECD; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Integrationsdefizite sind auch an den Schulen zu beobachten. Schüler mit Migrationshintergrund weisen in den PISA-Vergleichsuntersuchungen deutlich niedrigere Kompetenzniveaus im Bereich Lesen auf als gleichaltrige Deutsche aus nicht zugewanderten Familien. Besonders groß sind die Kompetenzunterschiede der sogenannten zweiten Zuwanderergeneration, die sogar signifikant schlechter abgeschnitten haben als die Schüler der ersten Migrantengeneration (OECD, 2008b). Die niedrigeren Kompetenzwerte wirken sich auch auf die Aussicht aus, die Schullaufbahn erfolgreich abzuschließen. Der Anteil der Schulabbrecher ist unter ausländischen Jugendlichen größer, deren Studienberechtigtenquote hingegen kleiner als bei ihren deutschen Mitschülern. Dies bedeutet, dass trotz der formalen Gleichstellung der Zuwanderer mit den Einheimischen beim Zugang zu Bildung in der Realität weiterhin ein beträchtliches Gefälle existiert (Beauftragte, 2007; Arbeitsgruppe Bildungsberichterstattung, 2008). Der Zusammenhang zwischen dem soziokulturellen Hintergrund und dem Schulerfolg ist in Deutschland besonders stark ausgeprägt, wodurch sich Bildungsunterschiede zu vererben drohen und die intergenerationale soziale Mobilität geringer ausfällt (Enste/Fetschenhauer/Riesen, 2008; OECD, 2005; Oswald, 2007, 131).

Der Integrationserfolg beim Erwerb beruflicher Kompetenzen kann an den Absolventenquoten der beruflichen Schulen und der Hochschulen abgelesen werden. Ausländische Jugendliche erhalten deutlich seltener als deutsche Schulabgänger einen betrieblichen oder schulischen Ausbildungsplatz und fangen auch seltener ein Hochschulstudium an (Beauftragte, 2007, 65ff.). Daher sind die entsprechenden Absolventenquoten in der Bevölkerung im typischen Abschlussalter unter Ausländern deutlich niedriger als unter den Deutschen.

Handlungsfeld Arbeitsmarkt

Eine der Qualifikation entsprechende Erwerbstätigkeit ist die wichtigste Weichenstellung im Hinblick auf die Fähigkeit der Zuwanderer, hierzulande ein eigenständiges Leben zu führen (OECD, 2005, 10). Da die ausländische Bevölkerung eine mit Blick auf die demografische Entwicklung günstigere Altersstruktur aufweist (Statistisches Bundesamt, 2008), wird ihre Bedeutung als Beschäftigungspotenzial zunehmen. Tabelle 2 zeigt jedoch, dass die Partizipation der Ausländer auf dem Arbeitsmarkt hinter jener der deutschen Bevölkerung zurückbleibt. Die Arbeitslosenquote war mit 20,2 Prozent im Jahr 2007 doppelt so hoch wie die der Deutschen. Dies bedeutet, dass beim zentralen Indikator für eine erfolgreiche Integration, dem Zugang zu Arbeit, ein erhebliches Defizit zu verzeichnen ist.

Auch der Anteil der Selbstständigen ist in der Erwerbsbevölkerung mit Migrationshintergrund niedriger als unter den Einheimischen. Dabei bietet Selbstständigkeit nicht nur für den einzelnen Unternehmer Chancen, sondern auch für eine international verflochtene Ge-

sellschaft. Abgesehen von der Schaffung von Arbeitsplätzen kann ausländisches Unternehmertum in Deutschland aufgrund der Sprachkenntnisse und interkulturellen Kompetenzen das Erschließen neuer Märkte im Ausland befördern (Beauftragte, 2007, 23ff.; BAMF, 2005, 37). Zudem verdienen die selbstständigen Migranten in Deutschland häufig mehr als Angestellte der gleichen Herkunft und teilweise sogar mehr als Selbstständige ohne Migrationshintergrund, wodurch sich Einkommensunterschiede zwischen Deutschen und Ausländern zumindest teilweise wieder verringern (OECD, 2005, 51f.). Letztere sind als Arbeitnehmer nämlich in Tätigkeiten überrepräsentiert, in denen die Verdienste relativ niedrig ausfallen (Beauftragte, 2007; OECD, 2008a, b). Es verwundert daher nicht, dass auch der Anteil ausschließlich geringfügig entlohnt Beschäftigter unter den Zuwanderern größer ist als unter den Deutschen, wodurch das Risiko zunimmt, von zusätzlichen Sozialtransfers abhängig zu sein. Dies gilt vor allem dann, wenn eine geringfügige Beschäftigung die einzige Erwerbsalternative darstellt und fehlende Qualifikationen den Zugang zu regulären sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen versperren (Schäfer/Seyda, 2008).

Tabelle 2

Indikatoren im Handlungsfeld Arbeitsmarkt - Werte für Deutschland (Jahreszahlen)

	Ausländer	Deutsche	Gewichtung	Wirkung
Arbeitslosenquote in % (2007)	20,2	9,3	1	-
Selbstständigenquote* in % (2006)	7,9	10,4	1/2	+
Anteil ausschl. geringfügig entlohnt Beschäftigter an allen abhängig beschäftigten Erwerbspersonen in % (2007)	15,4	13,0	1/2	-
Anteil svpfl. Beschäftigter an allen Personen mit Hochschulabschluss älter als 15 Jahre in % (2006)	16,1	32,3	1/3	+
Anteil svpfl. Beschäftigter an allen Personen mit einem mittleren Berufsabschluss älter als 15 Jahre in % (2006)	29,1	41,0	1/3	+
Anteil svpfl. Beschäftigter an allen Personen ohne einen beruflichen Abschluss älter als 15 Jahre in % (2006)	17,1	20,1	1/3	+
Erwerbstätigenquote Jugendlicher (Alter bis 25 Jahre) in % (2006)	77,9	87,3	1/3	+
Erwerbstätigenquote Älterer (Alter über 50 Jahre) in % (2006)	78,4	90,0	1/3	+
Frauenerwerbstätigenquote in % (2006)	81,5	90,5	1/3	+

* Diese Kennzahl bezieht sich auf die Bevölkerung mit Migrationshintergrund

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Die Beschäftigungslücke gemessen an der Differenz der Beschäftigtenquoten zwischen ausländischer und deutscher Bevölkerung steigt mit zunehmendem Qualifikationsniveau

von 3 Prozentpunkten für Geringqualifizierte über knapp 12 Prozentpunkte für die Erwerbstätigen mit einem mittleren Abschluss auf gut 16 Prozentpunkte bei den Hochqualifizierten an. Dies bedeutet, dass das Erwerbspotenzial ausländischer Facharbeiter und Akademiker nicht im gleichen Maß erschlossen wird wie jenes in der deutschen Bevölkerung. Drei weitere Indikatoren konzentrieren sich auf die Erwerbstätigenquoten von Bevölkerungsgruppen, die mit größeren Schwierigkeiten beim Arbeitsmarktzugang zu kämpfen haben – Jugendliche, Ältere und Frauen. Die Erwerbstätigenquote von ausländischen Frauen in Relation zu der der deutschen Frauen zeigt nicht nur, inwieweit die zugewanderten Frauen ihr Humankapital auf dem deutschen Arbeitsmarkt einsetzen, sondern auch inwieweit die Gleichstellung der Geschlechter in der Zuwandererpopulation als kultureller Wert akzeptiert wird (Entzinger/Biezeveld, 2003, 22).

Handlungsfeld Soziales

Mit dem Erfolg auf dem Arbeitsmarkt geht meist auch ein höherer sozialer Status – wie etwa eine verbesserte Einkommens- und Wohnsituation sowie gesellschaftliche Teilhabe – einher (Beauftragte, 2007, 64). Die schlechtere relative Position der Ausländer auf dem Arbeitsmarkt schlägt sich daher in den Disparitäten im sozioökonomischen Bereich nieder. Einwanderer erzielen im Durchschnitt geringere Einkommen als die einheimische Bevölkerung (Tabelle 3). Sie weisen zudem ein größeres Armutsrisiko auf und wohnen häufiger in beengten Wohnverhältnissen (Oswald, 2007, 131; Bundesministerium für Arbeit und Soziales, 2008, 133). Die Quote der ALG-II-Empfänger ist in der ausländischen Bevölkerung mit 25,2 Prozent mehr als doppelt so hoch wie unter den Deutschen. Dagegen ist der Anteil der Wohnraumeigentümer mit 18 Prozent fast 2,5-mal kleiner.

Tabelle 3

Indikatoren im Handlungsfeld Soziales - Werte für Deutschland (Jahreszahlen)

	Ausländer	Deutsche	Gewichtung	Wirkung
Durchschnittliches monatliches Haushaltsnettoeinkommen in Euro (2006)	1.901	2.184	1	+
Anteil der Arbeitslosengeld-II-Empfänger an allen Erwerbspersonen in % (2007)	25,2	11,3	1	-
Anteil der Wohnraumeigentümer an allen Haushalten in % (2006)	18,0	43,0	1	+
Anteil svpfl. Beschäftigter in der Öffentlichen Verwaltung und verwandten Wirtschaftsgruppen an allen svpfl. Beschäftigten in % (2007)	1,7	6,4	1	+

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Die Quote der Wohnimmobilieneigentümer ist nicht nur ein Indikator für den sozialen Status und die Einkommenssicherheit, sondern auch für eine Investition in das Aufnahmeland und damit die sozioökonomische, auf lange Perspektive ausgerichtete Eingliederung in die Gesellschaft (Entzinger/Biezeveld, 2003, 21f.). Auch die Arbeitsmarktteilhabe der Zuwanderer in der Öffentlichen Verwaltung, der Verteidigung, der Rechtspflege, der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie der Sozialversicherung und Arbeitsförderung leistet neben der beruflichen Integration auch einen Beitrag zur interkulturellen Öffnung der Gesellschaft (Beauftragte, 2007).

Ergebnisse des IW-Integrationsmonitors

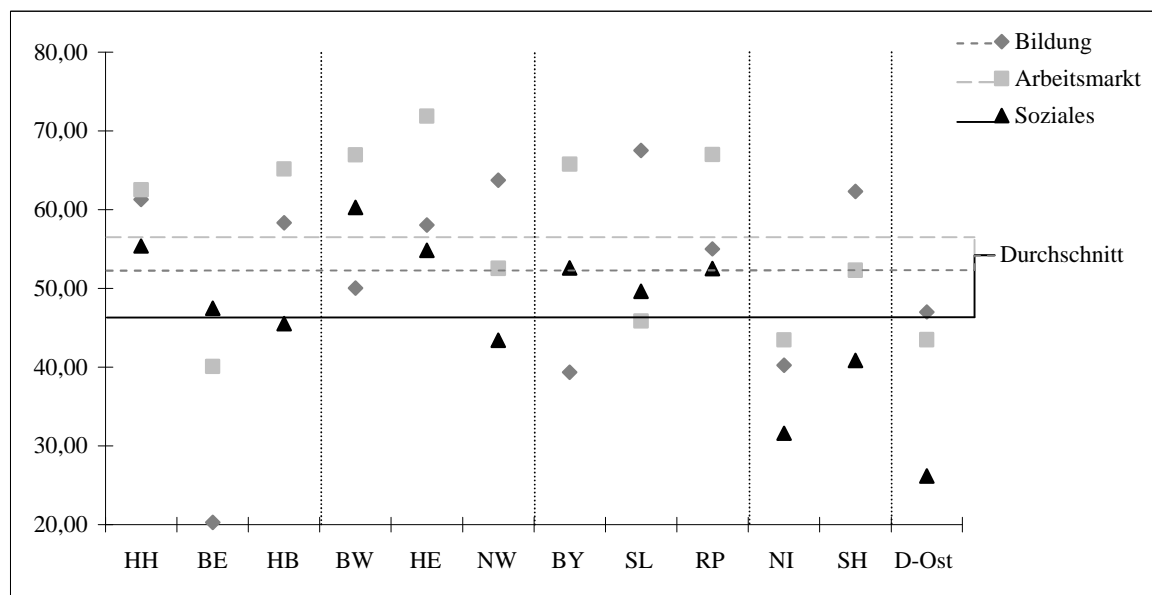
Die Abbildung 2 zeigt die Ergebnisse der einzelnen Bundesländer in den drei Teilbereichen. Um die Vergleichbarkeit der Ergebnisse zu erhöhen und den Besonderheiten der einzelnen Regionen besser Rechnung tragen zu können, werden die Bundesländer nach der Größe des ausländischen Bevölkerungsanteils in fünf Gruppen unterteilt. Die Stadtstaaten Berlin (13,6 Prozent), Bremen (13,0 Prozent) und Hamburg (14,2 Prozent) wiesen 2006 einen ausländischen Bevölkerungsanteil auf, der mehr als eine Standardabweichung (3,6 Prozent) oberhalb des Bundesdurchschnitts von 8,9 Prozent lag. In Baden-Württemberg (11,9 Prozent), Hessen (11,4 Prozent) und Nordrhein-Westfalen (10,7 Prozent) bewegte sich der Ausländeranteil auf einem Niveau von 0,5 Standardabweichungen über dem Durchschnitt. Der Ausländeranteil in Bayern (9,5 Prozent), Rheinland-Pfalz (7,8 Prozent) und im Saarland (8,4 Prozent) rangierte innerhalb einer Bandbreite von einer Standardabweichung um den Mittelwert. In Niedersachsen (6,8 Prozent) und Schleswig-Holstein (5,4 Prozent) war er unterdurchschnittlich. In den ostdeutschen Bundesländern (2,4 Prozent) hatte 2006 nur jeder 40. Bewohner einen ausländischen Pass. Deshalb werden sie beim Benchmarking als eine eigene einheitliche Ländergruppe betrachtet.

Bei der ökonomischen Integration der ausländischen Bevölkerung ist mit Blick auf die fünf Bundesländergruppen kein eindeutiges Muster zu erkennen. Weder der Integrationserfolg in einem der drei Teilbereiche noch der Integrationserfolg innerhalb einer Gruppe steht in einem eindeutigen systematischen Zusammenhang mit der Größe des Anteils der ausländischen Bevölkerung. Auch Clusteranalysen führen zu keiner sinnvoll interpretierbaren Gruppenbildung. Die Bundesländer weisen bei der ökonomischen Integration ausländischer Bevölkerungsteile erhebliche Unterschiede zueinander auf. Demgegenüber nehmen Woellert et al. (2009) bei der Berechnung ihres Integrationsindex von Anfang an einen negativen Zusammenhang zwischen dem Migrantenanteil und dem Integrationsstand in einem Bundesland an. Der Migrantenanteil geht dabei als Gewichtungsfaktor in die Berechnung ein.

Abbildung 2

Die ökonomische Integration der ausländischen Bevölkerung in den Bundesländern

Höchstmögliche Punktzahl = 100, niedrigstmögliche Punktzahl = 0



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Hamburg, Berlin und Bremen

Die Hansestadt **Hamburg** weist trotz des deutschlandweit höchsten Ausländeranteils an der Bevölkerung überdurchschnittliche Integrationserfolge auf. Die Punktwerte liegen in allen drei Teilbereichen mehr als 0,5 Standardabweichungen über den Durchschnittsbewertungen. Die gut 61 Punkte im Bereich Bildung gehen auf die relativ großen Besuchsquoten der Migrantenkinder in der Kindertagesbetreuung zurück. Sie liegt unter den Zuwandererkindern unter drei Jahren bei 15 Prozent (21 Prozent bei den deutschen) und unter den 3- bis 5-Jährigen bei 63 Prozent (81 Prozent bei den deutschen). Die Studienberechtigtenquote an den allgemeinbildenden und beruflichen Schulen sowie die Absolventenquote an den beruflichen Vollzeitschulen sind im Vergleich zu den gleichaltrigen Deutschen ebenfalls vergleichsweise hoch. Diese Beobachtungen lassen sich auch auf die gesamte Bevölkerung mit Migrationshintergrund ausdehnen: 40 Prozent der erwachsenen Migranten können eine Hochschulreife und 29 Prozent einen akademischen Abschluss vorweisen (Woelert et al., 2009, 59). Die mit knapp 63 Punkten relativ erfolgreiche Integration der ausländischen Erwachsenen in den Arbeitsmarkt basiert zum einen auf einer sehr hohen relativen Erwerbstätigkeit ausländischer Frauen (84,3 gegenüber 91,6 Prozent bei den deutschen Frauen). Zum anderen ist die Beschäftigtenquote älterer Ausländer relativ hoch, der relati-

ve Anteil der ausländischen Minijobber hingegen klein. Im Bereich Soziales zeichnet sich Hamburg bei einer Gesamtbewertung von 55 Punkten vor allem durch ein relativ hohes Einkommensniveau der ausländischen Haushalte aus.

Die ökonomische Integration weist in **Berlin** ein uneinheitliches Bild auf. Während im Bereich Soziales mit knapp 48 Punkten zumindest eine durchschnittliche Bewertung erzielt werden kann, bleiben die Integrationserfolge in den Bereichen Bildung (gut 20 Punkte) und Arbeitsmarkt (gut 40 Punkte) deutlich hinter den Durchschnittsbewertungen zurück. Die relativen Betreuungsquoten im Vorschulbereich sind bundesweit die niedrigsten und auch die Anteile ausländischer Absolventen im beruflichen Schulwesen und an den Hochschulen liegen deutlich unter den Quoten in der deutschen Bevölkerung. Letzteres spiegelt sich in einem hohen Anteil niedrigqualifizierter Migranten in der Hauptstadt wider, was zu einer Beeinträchtigung des Arbeitsmarkterfolges führt (Woellert et al., 2009). Im Handlungsfeld Arbeitsmarkt liegen zum Beispiel die relativen Beschäftigtenquoten für unterschiedlich qualifizierte Personen in Berlin mit 19 (Hochqualifizierte) bis 50 Prozentpunkten (Niedrigqualifizierte) deutlich unter dem durchschnittlichen Integrationsniveau. Auch die Integration von Jugendlichen, Frauen und älteren Beschäftigten in den Arbeitsmarkt gelingt seltener als im Bundesdurchschnitt. Einzig bei der Selbstständigenquote liegt Berlin an der bundesweiten Spitze: Dort sind Zuwanderer mit 13,7 Prozent sogar häufiger als Personen ohne Migrationshintergrund (12,9 Prozent) selbstständig.

Bremen zählt zu den Bundesländern, in denen ausländische Bevölkerungsteile relativ erfolgreich in den Arbeitsmarkt integriert sind (gut 65 Punkte). Zum einen übersteigt die Selbstständigenquote der Ausländer mit 9,5 Prozent jene der Deutschen. Zum anderen ist zwar das Risiko eines Zuwanderers, arbeitslos zu werden, in der Hansestadt mehr als doppelt so groß wie das eines Einheimischen, gleichwohl ist dieser Unterschied kleiner als in allen anderen Bundesländern. Lediglich bei der relativen Beschäftigtenquote älterer Zuwanderer belegt Bremen den letzten Platz. Die Bewertung im Teilbereich Bildung (gut 58 Punkte) liegt zwar über dem Bundesländerdurchschnitt, die Differenz bleibt aber knapp unterhalb des Schwellenwerts von 0,5 Standardabweichungen. Die Bildungsintegration verläuft gleichwohl an den beruflichen Schulen und Hochschulen im Vergleich zu den anderen Bundesländern erfolgreich. Im Bereich Soziales weist Bremen mit knapp 46 Punkten einen durchschnittlichen Integrationserfolg auf.

Baden-Württemberg, Hessen und Nordrhein-Westfalen

Baden-Württemberg schneidet in den Teilbereichen Arbeitsmarkt (67 Punkte) und Soziales (60 Punkte) weit überdurchschnittlich ab. Im Bereich Soziales erzielt Baden-

Württemberg sogar den Spitzenwert aller Bundesländer. Dies geht vor allem auf eine hohe relative Beschäftigung von Zuwanderern im Bereich der öffentlichen Beschäftigung (2,1 Prozent zu 5,5 Prozent) und eine hohe relative Eigentümerquote der ausländischen Haushalte (25,4 zu 51,3 Prozent) zurück. Die erfolgreiche Integration ausländischer Bevölkerungsgruppen in den Arbeitsmarkt erfolgt besonders über das System der beruflichen Bildung. Mit 38,4 Prozent ist die Quote der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Ausländer an der Bevölkerung mit mittlerem Bildungsabschluss die zweithöchste in Deutschland. Dies korrespondiert auch zu den Daten für die gesamte Bevölkerungsgruppe mit Migrationshintergrund, die aus dem Mikrozensus gewonnen werden können. Eine relativ niedrige Erwerbslosenquote über alle Qualifikationsstufen hinweg geht mit einem insgesamt hohen Anteil erwerbsfähiger Personen einher (Woellert et al., 2009). Auch die Erwerbstätigenquoten von Jugendlichen, Älteren und Frauen liegen weit oberhalb des Durchschnitts. Mit 87,2 Prozent liegt die Erwerbstätigenquote der Ausländerinnen in Baden-Württemberg nur 7 Prozentpunkte unter jener der deutschen Frauen. Im Bildungsbereich weist Baden-Württemberg Integrationsdefizite an den Schulen auf, wodurch sich die Gesamtbewertung mit 50 Punkten lediglich im Durchschnittsbereich bewegt. Hier erwerben relativ wenige ausländische Schüler das Abitur, und mehr als dreimal so viele ausländische Jugendliche wie deutsche verlassen die Schule ohne jeglichen Abschluss.

Hessen erreicht die höchste Punktzahl (72 Punkte) bei der Arbeitsmarktintegration. Die Beschäftigtenquoten jüngerer und älterer Ausländerinnen und Ausländer sind überdurchschnittlich hoch. Außerdem unterscheidet sich der Anteil der ausländischen Minijobber (14,8 Prozent) nur unwesentlich von jenem der deutschen geringfügig Beschäftigten (13,3 Prozent). Zudem ist in Hessen das Erwerbspersonenpotenzial unter den Zuwanderern, und zwar besonders unter den niedrigqualifizierten Ausländern, im Vergleich zu den anderen Bundesländern besser ausgeschöpft. Jeder fünfte Ausländer ohne Ausbildung hat hier einen regulären Arbeitsplatz ebenso wie bei der deutschen Bevölkerung. In den beiden Teilbereichen Bildung (58 Punkte) und Soziales (55 Punkte) erreicht Hessen Bewertungen, die fast 0,5 Standardabweichungen über dem Bundesländerdurchschnitt liegen. Die gute Arbeitsmarktintegration schlägt sich auch auf das monatliche Haushaltseinkommen nieder. Mit 2.118 Euro monatlich weisen die hessischen Haushalte das höchste durchschnittliche Einkommen von Ausländerhaushalten in Deutschland auf. Allerdings scheint das Einkommen ungleich verteilt zu sein, denn die relative Quote der ausländischen ALG-II-Empfänger ist in Hessen die höchste in Deutschland. So stehen 8 Prozent deutscher erwerbsfähiger Hilfeempfänger 27 Prozent ausländische gegenüber. Im Bereich Bildung hebt sich die ausländische Bevölkerung in Hessen durch eine relativ hohe Abiturientenquote sowie relativ hohe Absolventenquoten an den beruflichen Teil- und Vollzeitschulen hervor.

Nordrhein-Westfalen erzielt von den drei Flächenländern mit dem größten Ausländeranteil an der Bevölkerung im Bildungsbereich mit knapp 64 Punkten das beste Ergebnis und liegt damit deutlich mehr als 0,5 Standardabweichungen oberhalb des Bundesländermittels. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die Kompetenzunterschiede zwischen Schülern mit und ohne Migrationshintergrund geringer sind als anderswo. Mit 486 Kompetenzpunkten erzielen hier die Schüler mit Migrationshintergrund den höchsten Wert für die westdeutschen Bundesländer und im Durchschnitt nur 27 Punkte weniger als ihre deutschen Mitschüler. Dies schlägt sich auch in verhältnismäßig niedrigen relativen Schulabbrecher- und einer relativ hohen Studienberechtigtenquote von ausländischen Jugendlichen nieder. Diese Leistung des nordrhein-westfälischen Bildungssystems – vorausgesetzt sie bleibt auf dem Niveau oder wird besser – könnte in der Zukunft das aktuell eher niedrige Bildungsniveau der erwachsenen Migrantenbevölkerung anheben (zu Migrantenintegration vgl. Woellert et al., 2009). Folglich schlägt die relativ erfolgreiche Integration im Bildungsbereich, da sie bis jetzt nur auf jüngere Kohorten beschränkt ist, nicht auf die anderen beiden Teilbereiche durch. Sowohl im Handlungsfeld Arbeitsmarkt (knapp 53 Punkte) als auch im Bereich Soziales (43 Punkte) bewegt sich Nordrhein-Westfalen leicht unterhalb des Bundesländerdurchschnitts.

Bayern, Saarland und Rheinland-Pfalz

In **Bayern** ist die ausländische Bevölkerung zwar relativ erfolgreich in den Arbeitsmarkt integriert (knapp 66 Punkte), es fällt jedoch auf, dass die Bildungschancen ausländischer Jugendlicher im Freistaat erheblich geringer sind als jene ihrer deutschen Mitschüler (gut 39 Punkte). Während nur 10 Prozent der ausländischen Jugendlichen die Studienberechtigung erwerben, sind dies unter den deutschen immerhin 36 Prozent. Dies wirkt sich auch auf die Absolventenquoten an den bayerischen Hochschulen aus. Im Jahr 2006 lag die Quote deutscher Hochschulabgänger doppelt so hoch wie jene der ausländischen Neuakademiker. Die Integration ausländischer Bevölkerungsteile in den Arbeitsmarkt ist insbesondere bei der älteren und der weiblichen Bevölkerung relativ weit vorangeschritten. Auch bei den Geringqualifizierten und den geringfügig Beschäftigten bestehen nur relativ geringe Unterschiede zwischen den Einheimischen und den Zuwanderern. Im sozialen Bereich (knapp 53 Punkte) geht das vergleichsweise gute Abschneiden Bayerns insbesondere auf eine relativ gute Einkommenssituation der ausländischen Haushalte zurück. Sie weisen mit 2.078 Euro monatlich nach Hessen das zweithöchste durchschnittliche Nettoeinkommen in Deutschland auf.

Das **Saarland** ist das Spiegelbild zum Freistaat Bayern. Im Handlungsfeld Bildung wird mit knapp 68 Punkten bundesweit der höchste Wert erzielt. Dagegen bleibt die Integration der ausländischen Bevölkerung in den Arbeitsmarkt (knapp 46 Punkte) weit hinter den anderen Bundesländern zurück. Die herausragende Bewertung im Bildungsbereich ist darauf zurückzuführen, dass die relative Schulabbrecherquote ausländischer Jugendlicher im Saarland niedrig ist und auch deren Kompetenzniveau gegenüber deutschen Schülern weniger zurückbleibt als in anderen Bundesländern. Zudem ist mit 1,4 Prozent die Absolventenquote ausländischer Hochschulabgänger in Bezug auf die zugewanderte Bevölkerung die höchste in Deutschland und liegt sogar noch über jener der deutschen Bevölkerung (1,2 Prozent). Obwohl die Anteile der Mittel- und Niedrigqualifizierten, die einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgehen, in der ausländischen Bevölkerung sogar größer sind als in der deutschen Bevölkerung, bleibt die Gesamtbewertung im Handlungsfeld Arbeitsmarkt deutlich hinter dem Durchschnitt der Bundesländer zurück. Dies ist zum einen auf eine relativ niedrige Selbstständigenquote unter den Zuwanderern und einen relativ großen Anteil ausschließlich geringfügig entlohnt Beschäftigter zurückzuführen. Zudem ist in keinem anderen Bundesland die Differenz der Arbeitslosenquote in der ausländischen Erwerbsbevölkerung zu jener der deutschen so groß wie im Saarland.

Rheinland-Pfalz liegt in den Handlungsfeldern Arbeitsmarkt (67 Punkte) und Soziales (knapp 53 Punkte) deutlich über dem durchschnittlichen Integrationserfolg aller Bundesländer. In allen Qualifikationsgruppen weist die ausländische Bevölkerung eine im Vergleich zu anderen Bundesländern kleine Beschäftigungslücke auf. Auch die Integration ausländischer Frauen in den Arbeitsmarkt bleibt weniger hinter der Erwerbsbeteiligung deutscher Frauen zurück. Ferner ist der Anteil der ausschließlich geringfügig entlohnt Beschäftigten in der ausländischen Bevölkerung nur unwesentlich größer als in der deutschen. Im Handlungsfeld Soziales weisen ausländische Haushalte mit 85 Prozent des Einkommens deutscher Haushalte ein überdurchschnittliches relatives Einkommensniveau auf. Im bundesweiten Durchschnitt sind es zwei Prozentpunkte weniger. Das Verhältnis von einheimischen zu ausländischen Wohnraumeigentümern ist mit 1:2 kleiner als im Bundesländerdurchschnitt (1:2,5).

Niedersachsen und Schleswig-Holstein

Niedersachsen weist insgesamt die größten Integrationsdefizite in Westdeutschland auf. In allen drei Handlungsfeldern schneidet das Bundesland deutlich schlechter als der Länderdurchschnitt ab. Im Bereich Bildung (gut 40 Punkte) schlägt negativ zu Buche, dass der Anteil der ausländischen Schulabbrecher mehr als dreimal so groß ist wie die Abbrecherquote deutscher Jugendlichen. Zudem erwerben Zuwanderer dreimal seltener eine Hoch-

schulzugangsberechtigung als Deutsche. Im Handlungsfeld Arbeitsmarkt (gut 43 Punkte) liegt die Arbeitslosenquote in der ausländischen Erwerbsbevölkerung mit 24,8 Prozent fast 16 Prozentpunkte über jener der deutschen. Auch die relative Selbstständigenquote bleibt deutlich hinter dem Niveau in anderen Bundesländern zurück. Die Integrationsrückstände auf dem Arbeitsmarkt schlagen auf den Bereich Soziales (gut 32 Punkte) durch. Das relative Haushaltseinkommen der ausländischen Bevölkerungsgruppen ist unterdurchschnittlich, der relative Anteil der ALG-II-Bezieher überdurchschnittlich groß.

Schleswig-Holstein ist mit 5,4 Prozent das westdeutsche Bundesland mit dem kleinsten Ausländeranteil. Der Integrationserfolg ist jedoch durchwachsen, allein im Handlungsfeld Bildung (gut 62 Punkte) ist das Bundesland weiter als die meisten anderen Bundesländer. Die Betreuungsquoten ausländischer Kinder im Vorschulbereich sind überdurchschnittlich hoch und ausländische Jugendliche blicken auf eine bezogen auf Abschlüsse und Kompetenzen vergleichsweise erfolgreiche Schullaufbahn zurück. Auf dem Arbeitsmarkt (52 Punkte) verläuft die Integration sehr uneinheitlich. Während die relativen Beschäftigtenquoten von den unter 25-Jährigen und den Frauen die höchsten in Deutschland sind, ist das Risiko von Zuwanderern, arbeitslos zu werden, im Vergleich zur deutschen Erwerbsbevölkerung überdurchschnittlich groß. Dies wird auch durch die Ergebnisse des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung belegt. Bedingt durch die unzureichenden Beschäftigungsmöglichkeiten leben nur wenige Akademiker mit Migrationshintergrund im Bundesland (Woellert et al., 2009). Die Wahrscheinlichkeit von Erwerbslosigkeit ist auch für die Niedrigqualifizierten höher. Im Handlungsfeld Soziales (41 Punkte) bleibt Schleswig-Holstein bei den meisten Indikatoren leicht unter den Durchschnittswerten.

Die ostdeutschen Bundesländer

Ostdeutschland ist aufgrund des deutlich niedrigeren Anteils an ausländischen Staatsangehörigen (2,4 Prozent) ein Sonderfall. Das geringe Gewicht dieser Bevölkerungsgruppe könnte somit ein Grund dafür sein, dass das Thema Integration eine geringere Aufmerksamkeit erfahren hat als in den westdeutschen Bundesländern. Ein zweiter Grund ist sicherlich die geringe Erfahrung mit der Immigration. Einwanderung nach Ostdeutschland war vor der deutschen Wiedervereinigung im Jahre 1990 nur unter sehr restriktiven Bedingungen möglich (Auswirkung auf die Integration vgl. auch Woellert et al., 2009). Es fällt auf, dass in den Bereichen Arbeitsmarkt (knapp 44 Punkte) und Soziales (26 Punkte) die durchschnittliche Bewertung mehr als eine Standardabweichung vom Bundesländerdurchschnitt nach unten abweicht. Die qualifikationsbezogenen relativen Beschäftigtenquoten von Ausländern sind die niedrigsten in Deutschland: Hier übt nur jeder zehnte Ausländer mit einer Berufsausbildung (Bundesländerdurchschnitt: 29,1 Prozent) und sogar nur jeder zwanzigste

ohne einen beruflichen Abschluss (Durchschnitt: 17,1 Prozent) eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung aus. Der relative Anteil ausschließlich geringfügig entlohnt Beschäftigter in der ausländischen Bevölkerung ist hingegen der größte in Deutschland. Dies wirkt sich auch negativ auf den Bereich Soziales aus. Das durchschnittliche Nettoeinkommen eines ausländischen Haushaltes liegt in Ostdeutschland bei knapp 1.400 Euro im Monat. Dieser Betrag entspricht nur 78 Prozent des monatlichen Einkommens eines deutschen Haushaltes und bedeutet 5 Prozentpunkte weniger als im Ländermittel. Auch die relative Wohnraumeigentümerquote ist die niedrigste in Deutschland.

Literatur

Arbeitsgruppe Bildungsberichterstattung, 2008, Bildung in Deutschland 2008, Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Übergängen im Anschluss an den Sekundarbereich I, Bielefeld

BAMF – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 2005, Der Einfluss von Zuwanderung auf die deutsche Gesellschaft, Nürnberg

Beauftragte, 2007, 7. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland

Bundesministerium für Arbeit und Soziales, 2008, Lebenslagen in Deutschland, Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung

Enste, Dominik H. / Fetchenhauer, Detlef / Riesen, Ilona, 2008, Sozialstaatsfallen, Erwerbsanreize und soziale Mobilität - Eine ökonomische, soziologische und sozialpsychologische Analyse, IW-Analysen, Nr. 42, Köln

Entzinger, Han / Biezeveld, Renske, 2003, Benchmarking in Immigrant Integration, Rotterdam

Filsinger, Dieter, 2008, Bedingungen erfolgreicher Integration – Integrationsmonitoring und Evaluation, Expertise im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn

OECD – Organisation for Economic Co-operation and Development, 2005, Die Arbeitsmarktintegration von Zuwanderern in Deutschland, Paris

OECD, 2008a, International Migration Outlook – SOPEMI 2008, Paris

OECD, 2008b, OECD-Wirtschaftsberichte: Deutschland, Paris

Oswald, Ingrid, 2007, Migrationssoziologie, Konstanz

Schäfer, Holger / Seyda, Susanne, 2008, Individualisierung: Erosion des Normalarbeitsverhältnisses?, in: Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.), Die Zukunft der Arbeit in Deutschland, Megatrends, Reformbedarf und Handlungsoptionen, Köln

Siegert, Manuel, 2006, Integrationsmonitoring – State of the Art in internationaler Perspektive, Bamberg

Statistisches Bundesamt, 2008, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2006, Fachserie 1 Reihe 2.2, Wiesbaden

Woellert, Franziska / Kröhnert, Steffen / Sippel, Lilli / Klingholz, Reiner, 2009, Ungenutzte Potenziale. Zur Lage der Integration in Deutschland, Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, Berlin

The IW-Integration Monitor

In general, migrants participate less in education, employment and economically relevant societal domains than natives do. Using 21 indicators the IW-Integration Monitor describes and compares the degree of migrants' participation in the 16 federal states. It finds no evidence that the relative size of the migrant population significantly determines the integration success. In Saarland, North-Rhine Westphalia, Schleswig-Holstein and Hamburg migrants have comparatively strong educational opportunities. Their job prospects are best in Hesse, Rhineland-Palatinate, Baden-Württemberg, Bavaria, Bremen, and Hamburg. In Baden-Württemberg, Hesse, and Hamburg the integration of migrants into economically relevant societal domains has progressed relatively far. The five East German states and Lower Saxony lag behind in all three areas while Berlin performs below average in regard to educational and labor market opportunities.

IW-Trends – Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung
aus dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln, 36. Jahrgang, Heft 1/2009; ISSN 0941-6838.
Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung erhalten Sie über lizenzen@iwkoeln.de,
die erforderlichen Rechte für elektronische Pressespiegel unter www.pressemonitor.de
© 2009, Deutscher Instituts-Verlag, Köln; DOI: 10.2373/1864-810X.09-01-07